

Vertrauen und Verantwortung

Grundlagen einer Gesellschaftsanalyse

Teil III: Staatswesen

Christoph Noebel

5.4 Parteipolitik: Inhalte und Abgrenzungen

Nachdem die wesentlichen Strukturen des Staatswesens dargestellt wurden und wir eine knappe Charakterisierung des Berufspolitikers vorgestellt haben, stellt sich die Frage, wie Politik in der Praxis gehandhabt wird. Welche Werte, Denkmuster und Verfahrensweisen dienen den politischen Entscheidungsträgern als Grundlage, um ihre Arbeit im Dienste des Volkes zu verrichten? Die repräsentative Demokratie beruht auf dem Prinzip konzeptioneller und ideeller Vielfältigkeit, sodass Politikern ein breites Spektrum an Anschauungen und Standpunkten als Grundlage für politisches Handeln zur Verfügung steht. Da in Deutschland eine *Parteiendemokratie* herrscht und die politische Partei dadurch als programmatisches Zuhause, gedankliche Grundlage, Diskussionsforum und Karriereleiter des Berufspolitikers dient, erscheint es zweckmäßig, sich etwas genauer mit ihren Inhalten, Motiven und Positionen zu beschäftigen.

Politische Orientierungen		
Sozial	Liberal	Konservativ
Zukunft	Gegenwart	Vergangenheit
Idealist Moralist	Freigeist Pragmatiker	Kleingeist Moralist
Gleichheit	Freiheit	Solidarität
System Sozialstaat	Individuum Eigenwohl	Institutionen Tradition
Staatsvertrauen	Staatsskepsis	Staatsvertrauen
Sicherheit statt Freiheit	Freiheit statt Sicherheit	Sicherheit statt Freiheit
Marktskepsis	Marktvertrauen	Marktvertrauen
International	International	National

Zunächst ist zu beachten, dass sich politische Parteien in ständigen Veränderungsprozessen befinden, die durch äußere Faktoren und soziokulturelle Entwicklungen sowie innerparteiliche Strukturen und Positionswechsel beeinflusst werden. Obwohl eine inhaltliche Kategorisierung der Parteien zwangsläufig schematisch ausfällt, ist sie von Nutzen, denn letztlich muss jeder Wähler eine entsprechende Auswertung vornehmen. In öffentlichen Diskursen werden politische Richtungen vereinfacht in zwei Kategorien eingeteilt, ein *linkes* und ein *rechtes* Lager. Obwohl diese Einordnung aus traditionellen Gründen noch relevant ist, erscheint es zeitgemäßer, parteipolitische Positionen auf drei Merkmale zu erweitern. Wie im Diagramm 46 illustriert, verschafft die Einteilung in das

Soziale, Liberale und *Konservative* einen etwas genaueren Einblick in die weltanschaulichen Orientierungen der aktuellen Parteienlandschaft Deutschlands.

Generell spricht man von linker Gesinnung, wenn sich politische Bestrebungen stark an sozialen Themen ausrichten und sich der Politiker meist als *Sozialist* oder *Sozialdemokrat* definiert. Pauschal formuliert, vertritt der linke Politiker die klassischen Ideale der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit sowie eine kritische Haltung zum Kapitalismus verbunden mit der Forderung eines fürsorglichen Wohlfahrtsstaates. Da Befürworter linker Politik eine starke Kontrollfunktion des Staates verlangen, können sie in der Regel dem Wirtschaftsgedanken des *Laissez-faire* und des Spiels freier Märkte wenig abgewinnen. Oft sehen sie den Staat als Opfer der Wirtschaft und betrachten das System der liberalen Marktwirtschaft als Ursache einer Dauerkrise. Dieser negative Befund basiert weitgehend auf der Einstellung, sich primär an den Schwächen des Kapitalismus und der Privatwirtschaft auszurichten. Linksgerichtete Politiker neigen daher dazu, den positiven Kräften des Wettbewerbs in Form von Risikobereitschaft, Kreativität und Innovation einen geringen Stellenwert einzuräumen. Auch das Bürgertum ist traditionell dem linken Denker suspekt, da es immer noch mit Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die wohlhabende Bourgeoisie assoziiert wird. Der klassische Linke orientiert sich vorwiegend an den Randgruppen der Gesellschaft, der Arbeiterklasse und den Opfern des Kapitalismus. In diesem Zusammenhang beklagt die Politikerin Sahra Wagenknecht (2021) aktuelle Entwicklungen des Linksseins. Sie kritisiert das vermeintliche Abwenden von traditionell marxistischen Verteilungsfragen hin zu individualistisch geprägten Themen der Identität, eines liberalen Pluralismus und kosmopolitischen Lebensstils.

Ungeachtet der inhaltlichen Konzepte zeichnet sich der linke Politiker dadurch aus, dass er in der Regel als *Idealist* mit einem stark moralischen Wertekodex auftritt. Er orientiert sich weitgehend an Zukunftsentwicklungen und richtet seine politische Haltung stark an ethischen Weltanschauungen und Prinzipien aus. Generell leitet der linke Aktivist daraus eine Verpflichtung zu politischem und zivilgesellschaftlichem Engagement ab. In diesem Kontext spielt das *Prinzip Hoffnung* des Philosophen Ernst Bloch (1954) eine Rolle, denn Zukunftsglaube und das Gefühl, etwas Konstruktives für die Gesellschaft zu leisten, bieten wichtige Voraussetzungen für politisches Handeln. Negativ gedeutet entspricht der Idealist einem Träumer und Schwärmer, der nach sozialen Sollzuständen strebt, die sich in der realen Welt womöglich nur schwer verwirklichen lassen.

Obwohl in der Vergangenheit linke Ideologien gesellschaftliche Missstände und Verwerfungen zu verantworten haben, ist eine pauschale Kritik an linkem Gedankengut zu kurz gegriffen. Denn es waren in der Regel links-soziale Denker und Reformer, die bewiesen, dass ihre visionären und zukunftsweisenden Ideen einer gerechten Welt nicht Träumen, sondern praktikablen Zielen entsprachen. Der gemeinnützige Wert, der sich aus Idealen, Visionen, Zukunftsplänen oder gar Utopien ergibt, darf als Gedankengut nicht unterschätzt werden. Schließlich bietet der Idealismus notwendige Voraussetzungen für die Anerkennung der Menschenwürde und das Streben nach gesellschaftlichem Fortschritt. So ist es meist bürgerlichen Idealisten und linken Vorkämpfern zu verdanken, dass die in der Vergangenheit erstrittenen Sozialreformen, Frauenrechte, Gendergerechtigkeit oder das Bekenntnis zu ökologischem Handeln heute zur politischen Normalität gehören. Auch wenn linken Politikern Weltfremdheit vorgeworfen werden kann, besitzen sie auf Grund ihres Idealismus die Fähigkeiten, gängige Muster zu hinterfragen, wichtige analytische Denkanstöße zu leisten, soziale Missstände aufzuzeigen und sich für menschengerechte Lebensweisen einzusetzen.

Die konzeptionelle Ausrichtung des *liberalen Politikers* grenzt sich von linkem Gedankengut dadurch ab, dass er die freie Gestaltung des Menschen in den Vordergrund stellt und die Gemeinschaft, angelehnt an den *Utilitarismus*, weitgehend als Summe aller Indi-

viduen betrachtet. Der Liberalismus zeichnet sich daher durch einen hohen Grad an Vertrauen in die Kräfte und Selbstbestimmung des Einzelnen aus. Die dahinterliegende Idee, dass jede Person Herrscher ihres eigenen Schicksals sei, mag teilweise zutreffen, dieser Ansatz ignoriert jedoch die Umstände der Sozialisierung, unter denen Menschen aufwachsen und leben. Für den streng Liberalen herrscht demnach keine Ungleichheit der Lebenschancen. Sein starker Freiheitsgedanke manifestiert sich vor allem in der ablehnenden Haltung gegenüber Willkür des Staates und bürokratischen Exzessen der öffentlichen Verwaltung. Er vertritt die Position, dass Missbrauch durch überbordende Kontroll- und Sicherheitsregelungen des Staates die Handlungsspielräume und Persönlichkeitsrechte des Bürgers zu sehr einschränkt.

Der dogmatisch Liberale tritt als energischer Anhänger der freien Marktwirtschaft und als Gegner überzogener Regulierungsmaßnahmen auf. Er sieht sich als toleranten Freigeist und stellt daher in geringerem Maße moralische Ansprüche an andere. Im Gegensatz zum gesellschaftskritischen und idealistischen Linken vertritt der liberale Politiker eine *pragmatische* und *optimistische* Haltung. Der Begriff des Pragmatismus spielt in der Politik eine wesentliche Rolle und bezieht sich im alltäglichen Wortgebrauch auf ein Verhalten, das sich ergebnisorientiert und sachbezogen an realen Gegebenheiten ausrichtet. Obwohl der politische Pragmatiker realistisch und flexibel an die Bewältigung aktueller Gesellschaftsprobleme herangeht, leidet er im Vergleich zum Idealisten und Visionär darunter, zukünftige Schwierigkeiten und Ausnahmestände nicht voraussehen und auszublenden. Man spricht daher vom politischen Pragmatismus auch abwertend als eine Form des *Durchwurstelns*. Wie später erörtert, basiert nicht nur ideologische Träumerei, sondern auch die Unfähigkeit einer rationalen Zukunftsplanung auf Realitätsverlust und Weltfremdheit. In der Politik ist diese Haltung insofern von Brisanz, als sie die Entwicklung ernsthafter Krisen begünstigt oder gar verursacht [K5.7.4].

Zur dritten Orientierungskategorie der Parteien zählt der *konservative* Politiker. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird er dem *rechten* Flügel der politischen Landschaft zugeordnet. Der dem Begriff innewohnenden Aspekt des *Konservierens* weist bereits darauf hin, dass sich sein Hauptmerkmal in einem ausgeprägten Traditionsbewusstsein manifestiert. Der Reformeifer des Konservativen ist daher beschränkt, denn seine Ausrichtung bezieht sich primär auf die Vergangenheit und das Bewahren. Er neigt zur pragmatischen Haltung nach dem Motto: „Warum etwas ändern, wenn es sich bewährt hat.“ Während sich der Linke an den Bedingungen des Gesellschaftssystems und der Liberale an den Fähigkeiten des Individuum orientiert, dienen die Institutionen der Familie, Kirche oder lokale Gemeinschaften als Ausgangspunkt für den konservativen Politiker. Vor diesem Hintergrund neigt er zu Kleingeistigkeit, vertritt oft moralisch-religiöse Werte und zeichnet sich durch ein starkes Sicherheitsbedürfnis aus. Anders als der Liberale, wünscht sich der Konservative einen funktionsfähigen Staat, der mit einem effektiven Sicherheitsapparat aus Polizei, Militär, Geheimdiensten und Verfassungsschutz ausgestattet ist. Umgekehrt vertritt er eine liberale Position hinsichtlich der freien Marktwirtschaft und des unternehmerischen Wettbewerbs. Eine besondere Eigenschaft des konservativen Politikers liegt darin, dass ihn sein Traditionsbewusstsein dazu verleitet, sich stark national oder patriotisch auszurichten. Politisch gelten für ihn weitgehend nationale Interessen und daher steht er häufig internationalen Vereinigungen und Organisationen kritisch gegenüber.

Obwohl die hier präsentierte Skizze politischer Orientierung schablonenhaft ausfällt, bietet sie eine Grundlage, um verschiedene Positionen in den Kontext der demokratischen Parteienlandschaft zu stellen. Diesbezüglich ist zu beobachten, dass sich die Programme und Strategien politischer Parteien über die drei Kategorien hinweg nicht nur überschneiden, sondern sich auch in einem ständigen Veränderungsmodus befinden.

Betrachtet man die Entwicklung der Parteien Deutschlands, erschließt sich ein vielschichtiges und oft diffuses Bild.

Die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)* wurde unter der Bezeichnung Allgemeiner Deutscher Arbeiterverband im Jahr 1863 gegründet und ist die älteste Partei der Bundesrepublik. Bis zur Wiedervereinigung 1990 galt sie als wichtigste Partei des linkspolitischen Spektrums, da die *Deutsche Kommunistische Partei (DKP)* seit ihrer Gründung 1968 politisch kaum eine Rolle spielte. Auffallend für die ursprünglich linksgerichtete SPD ist ihre langjährige Neigung zu Pragmatismus. Eingeleitet durch das Godesberger Programm von 1959 bedeutet ihr realpolitischer Stil immer wieder einen Bruch mit klassischen Idealen und führte langfristig zu einer Verunsicherung der Mitglieder und Wähler. Die Ostpolitik unter Willi Brandt gehörte zu den Beispielen einer selbstbewussten und pragmatischen Außenpolitik, die trotz Kritik an der sowjetischen Blockpolitik vermied, moralisierend und missionierend aufzutreten. Gleichzeitig bewies der Radikalenerlass von 1973, eingeführt unter der Regierung Brandts, dass für die SPD die Sicherheit der Staatsorgane und entsprechende Kontrollmaßnahmen im Vergleich zur staatskeptischen Haltung des Liberalen einen hohen Stellenwert einnahmen. Die SPD leidet heute noch darunter, ein ambivalentes Verhältnis zur freien Marktwirtschaft, Wettbewerb und Privateigentum zu pflegen. Trotz der traditionell kritischen Position gegenüber der Privatwirtschaft bewies die SPD unter Kanzler Gerhard Schröder zwar den Mut und Weitblick, Reformen zur Flexibilisierung der Wirtschaft einzuleiten. Die überhastete Ausgestaltung, der fehlende Ausgleich durch soziale Maßnahmen und die mangelhafte Kommunikation seiner Regierung schaden jedoch der Partei und trugen zur Verschärfung ihres langjährigen Identitätskonfliktes bei.

Wie der Name andeutet, deckt die in 2007 aus zwei linken Fraktionen zusammengeführte Partei *Die Linke* das klassische links-sozialistische Politspektrum ab. Auffallend in der SPD und Linkspartei sind die permanenten Flügelkämpfe zwischen Idealisten und Pragmatikern. Vielleicht die öffentlichste Debatte in dieser Hinsicht bot die in 1980 gegründete Partei *Die Grünen*. Zwischen den Lagern der *Fundis* und *Realos* rangen ihre Mitglieder um eine programmatische und organisatorische Linie. Die ursprünglich alternativ-linke Partei entstand primär aus den politischen Fehleinschätzungen der SPD.

Die Ignoranz der etablierten Parteien hinsichtlich des Natur- und Umweltschutzes sowie die Entscheidung des Nato-Doppelbeschluss in 1979 beflügelte viele Mitglieder der damaligen Umwelt- und Friedensbewegung eine politische Partei zu gründen, die sich nach der deutschen Wiedervereinigung zum *Bündnis 90/Die Grünen* zusammenschloss. Die Realisten der Partei gewannen die Oberhand und verhalfen der Partei nicht nur zum Einzug ins Parlament, sondern auch zu Regierungsbeteiligungen. Dennoch leidet auch diese Partei unter Identitätsproblemen, da sie sich als links-liberale Partei noch nicht festlegt, ob sie sich programmatisch weiterhin auf ihre Wurzeln als Vordenker der Umwelt- und Klimapolitik stützt oder sich politisch ein breiteres Kompetenzspektrum aneignen und als Volkspartei auftreten möchte.

Die *Freie Demokratische Partei (FDP)* wurde 1948 gegründet und beschreibt den typischen Duktus des modernen Liberalismus. Ihr Pragmatismus und Gegenwartsdenken verhalf der Partei als Juniorpartner, an mehreren Regierungen beteiligt zu sein. Auch die FDP durchlebte seit 1945 einige programmatische Veränderungen. Als Koalitionspartner der SPD war sie in den Jahren 1969 bis 1982 weitgehend sozial eingestellt, doch danach präsentierte sie sich als eine stark marktorientierte Wirtschaftspartei. Mit der Regierungsbeteiligung an einer Dreiparteien Koalition in 2021 wandelte sich die FDP wieder hin zu einer sozialeren Ausrichtung und verpflichtete sich erstmalig explizit zur Energiewende und staatlichen Umweltmaßnahmen.

Parallel zur Partei Bündnis 90/Die Grünen, der man insgesamt eine links-liberale Position zuschreiben kann, hat das Internet einen ähnlich pluralistischen Liberalismus hervorgebracht. So beschreibt beispielsweise die Journalistin Hannah Beitzer (2013) den Unmut der jüngeren *Generation Y* über die verkrusteten Konzepte, Parteistrukturen und Kommunikationswege der traditionellen Parteien. Aus dieser Kritik heraus entwickelte sich im Ausland die *Piratenpartei*, deren deutsche Form 2006 gegründet wurde. Prägend für diese Partei ist ihre digitale Basisdemokratie, die nicht nur Transparenz versichert, sondern auch jedem Mitglied die Möglichkeit einer direkten Mitsprache. Programmatisch befindet sich die Piratenpartei noch in den Prozessen politischer Selbstfindung, denn sie versucht, sich von gängigen Politikmustern abzugrenzen. Durch die Befürwortung eines bedingungslosen Grundeinkommens vertritt sie eine soziale Wirtschaftspolitik, die einer links-liberalen Haltung entspricht.

Im sogenannten rechten Milieu der politischen Landschaft stehen die *Christlich Demokratische Union Deutschlands* (CDU) und deren Schwesterpartei der *Christlich-Sozialen Union* in Bayern (CSU). Sie bilden seit 1949 eine Fraktionsgemeinschaft im Bundestag. Gemeinsam als *Union* bezeichnet treffen für dieses Bündnis die genannten Merkmale konservativer Politik zu. Dennoch ist auch die Union unter der pragmatischen Kanzlerschaft Helmut Kohls nicht frei von ideellem Handeln. Trotz der weitgehend national-patriotischen Haltung seiner Fraktion beschleunigte er mit dem französischen Staatspräsident François Mitterrand das transnationale Projekt der Europäischen Union und die Einführung der Gemeinschaftswährung des Euros. Ebenso erstaunlich ist die Tatsache, dass unter der konservativen Kanzlerschaft Angela Merkels soziale Reformen durchgeführt wurden, zu denen der Mindestlohn, die Stärkung der Rechtslage von Schwulen und Lesben oder der Rechtsanspruch auf einen Platz für Kinder in öffentlichen Tagesstätten zählte. Weitgehend bedingt durch die Forderungen des Koalitionspartners SPD zeigen diese Beispiele, wie sich politische Orientierungen ändern.

Angela Merkels vermeintlicher *Linksrutsch* diene zwar dem erfolgreichen Stimmenfang in der bürgerlichen Mitte, er bescherte der CDU jedoch Probleme am rechten Rand des politischen Spektrums. Hier agiert die Schwesterpartei CSU oft als Störfaktor mit opportunistischen Parolen und Gesetzesvorschlägen. Daneben etablierte sich die 2013 gegründete Partei *Alternative für Deutschland (AfD)* zunehmend als neue und radikale Kraft am rechts-nationalen Flügel des Parteienspektrums. Sie vertritt zum Teil nationalistisches Gedankengut und setzt eine deutlich populistische Rhetorik ein, um sich als Fundamentalopposition zu positionieren. Das Programm der AfD begann mit ihrer Kritik an der Konstruktion des Euroraums, verlagerte sich aber hin zu einer breiter ausgelegten Kritik an der Europäischen Union, dem Recht auf Asyl und Zuwanderung sowie der Bewältigung des Flüchtlingsthemas. Die AfD verfügt über einen äußerst extremen Flügel, der ausländerfeindliche und faschistische Züge annimmt. Als Protestpartei macht sie ihrem Namen keine Ehre, denn aktuell vermag sie kaum, realistisch durchführbare Alternativen aufzuzeigen.

Die Existenz extremer Randparteien wirft kontroverse Fragen zur Beschaffenheit der liberalen Demokratie auf: Ist es vernünftig und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dienlich, Parteien mit extremen Positionen aus öffentlichen Debatten auszuschließen, auch wenn sie sich der Verfassung entsprechend gesetzeskonform verhalten? Wie weit trifft der Vorwurf ihrer Demokratiefeindlichkeit zu, obwohl sie in Parlamente gewählt werden? Dient diese Haltung nicht der Bestätigung, wenn Vertreter populistischer Argumentationsweisen sich als Opfer vermeintlicher Eliten darstellen? Radikale Positionen mögen vorurteilsfreie Debatten erschweren [K1.1.1], doch gehört es nicht zur demokratischen Praxis, ideologische Spaltung in der Gesellschaft durch Kommunikationsbereitschaft und sachliche Argumente zu entkräften?

Die Kurzbeschreibung einiger Charakteristika der politischen Parteienlandschaft Deutschlands erlaubt uns abschließend, ein paar zusätzliche Bemerkungen zu machen. Zunächst bedeutet die Dreiteilung der politischen Orientierung in sozial, liberal und konservativ, dass die gängige Kategorisierung in ein linkes und rechtes Lager kaum mehr zeitgemäß ist. Folglich verweist die Regierungsbildung in 2021 auf eine Gemengelage, in der drei Parteien mit verschiedenen Programmschwerpunkten genügend inhaltliche Schnittmengen aufweisen, um eine Koalition zu bilden. Alle drei verschreiben sich in unterschiedlichen Ausmaßen politischen Konzepten, die als sozial, liberal oder auch traditionsbewusst zu bezeichnen sind. Diese Vermischung politischer Positionen äußert sich besonders in der zu beobachteten Konzentration auf die Wählerschaft der bürgerlichen Mittelschicht, sodass in Wahlen oft von einem *Kampf um die Mitte* gesprochen wird. Dieser wahltechnische Fokus auf den Bereich der ökonomisch abgesicherten Mehrheit wird häufig kritisiert, da er mit Ausgrenzungen der unteren sozialen Schichten und Randgruppen einhergeht. In unserer späteren Analyse der repräsentativen Demokratie werden wir auf diesen kritischen Aspekt zurückkehren [K5.6].

Obwohl die gebildete Mittelschicht den größten Wähleranteil ausmacht und daher Wahlen *in der Mitte* gewonnen werden, zeichnen sich die Parteien dadurch aus, dass sie unterschiedliche Partikularinteressen verfolgen. Dieser Sachverhalt bedeutet für die repräsentative Demokratie insofern eine Bereicherung, als er den politischen Diskurs mit einer breiten Palette an Themen und Positionen belebt. So entstand die Partei der Grünen zunächst als eine *Interessenspartei*, die inzwischen ein weitaus umfangreicheres Programm vertritt. Dieser Aspekt wirft die Frage auf, wie heute der Begriff der *Volkspartei* zu deuten sei. Oft wird er mit dem Hinweis auf das prozentuale Wahlergebnis und einer entsprechend hohen Wählerschaft begründet. Eine sinnvollere Bedeutung ergibt sich dagegen aus dem parteipolitischen Versuch, konkrete Interessen zu vertreten und gleichzeitig ein Programm für die gesamte Bevölkerung zu präsentieren. Es ist also das Konzept der Volkspartei, von der am ehesten zu erwarten ist, sich den vielschichtigen Zielsetzungen des Gemeinwohls zu verpflichten. Die Bundestagswahl 2021 brachte diesbezüglich einen interessanten Wandel hervor. Anstatt der klassischen Volkspartei in Verbindung mit einem interessensgelenkten Partner entstand eine Koalition aus drei mittelgroßen Parteien mit politisch unterschiedlichen Kerngedanken. In ihrer Gesamtheit lässt sich diese breit aufgestellte Konstellation als eine Art *Volksregierung* bezeichnen.

Auseinandersetzungen mit den inhaltlichen Konzepten politischer Parteien werfen abschließend die Frage auf, wie der Wähler mit den von Politikern proklamierten Inhalten und Versprechen umgeht. Im folgenden Kapitel werden wir argumentieren, dass der Wahlberechtigte für seine Entscheidung nicht nur parteipolitische Inhalte, sondern auch die *Vertrauenswürdigkeit* der Parteien und ihrer Spitzenkandidaten heranzieht. Kurz formuliert, ein plausibles Programm reicht für ein erfolgreiches Wahlergebnis nicht aus, wenn Parteien und ihre Kandidaten auf Grund fehlender Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit den Wähler nicht überzeugen können.

Literatur

Beitzer, Hannah (2013): „Wir wollen nicht unsere Eltern wählen. Warum Politik heute anders funktioniert“, Rowohlt Verlag, 2013

Bloch, Ernst (1985): „Das Prinzip Hoffnung“, Suhrkamp Verlag, Originalausgabe 1954, Band 1-3, 1985

Wagenknecht, Saha (2021): „Die Selbstgerechten: Mein Gegenprogramm - für Gemein-sinn und Zusammenhalt“, Campus Verlag, 2021